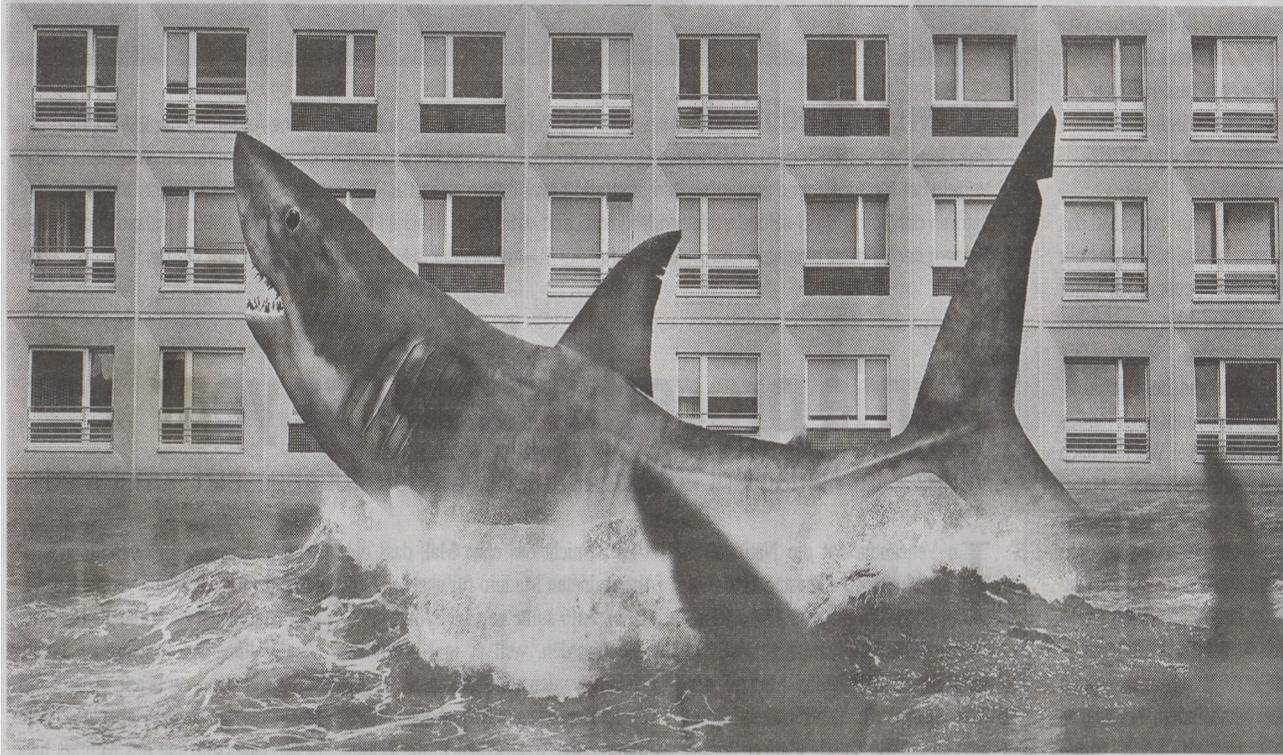


Miethaie in Fresslaune



Eimsbüttel

Senat holt Immobilienhai der übelsten Sorte

Es war angerichtet. Auf dem Eimsbüttler Bratenteller lagen wieder einmal städtische Baugrundstücke und zulangen durfte der Höchstbietende. Nach diesem Muster hatte der Senat Jahrzehnte die Haushaltskassen gefüllt und damit Spekulanten und die Mietenexplosion in der Stadt gefördert. Das Geschäft des Senats mußten die Mieter zahlen, an „Investoren“ und Banken – und sicher dreifach. Solange bis die Mietsteigerungen unbezahlbar wurden und der Kurs bei der Grundstücksvergabe wohl oder übel geändert werden mußte. Offiziell jedenfalls.

„Ein erstaunlicher Deal“ befindet das Hamburger Abendblatt

Da konnte der Senat nicht widerstehen. Für 40,5 Millionen Euro, dem Dreifachen des Verkehrswertes, bekommt der Wohnungskonzern Buwog

den Zuschlag für ein Grundstück am Sportplatzring, auf dem „das neue Stellingener Stadtteilzentrum“ entstehen soll. Die Buwog erhielt den Zuschlag, obwohl ihr Konzept „unter ferner liefen“ gelandet war. Diese (Bestechungs) - Summe belastet jede der 200 Wohnungen mit zusätzlichen 135 000 Euro und schließt verständlicherweise bezahlbaren Wohnraum von vornherein aus.

Dabei hatte Bausenatorin Stapelfeldt immer wieder öffentlich versichert: „Bei der Vergabe städtischer Grundstücke geben wir jetzt dem Konzept Vorrang vor dem Preis“, und ihr Staatsrat Kock versprach noch Ende September im Abendblatt: „Für den, der das beste Konzept vorlegt, ist der Preis nicht maßgeblich.“ Beide wußten es besser, denn in der Finanzbehörde lag eine Liste mit Ausnahmeregelungen. In mehr als jedem vierten Fall erhielten Bieter den Zuschlag, obwohl ihr Konzept unterlegen war. (lt Recherchezentrum Correctiv) Auch bei der Grundstücksvergabe im „Pergolenviertel“ war die Buwog wieder dabei. Dort entschied sich die Stadt für das Wohnungsunternehmen, obwohl sieben andere Bieter ein besser bewertetes Konzept abgaben, aber beim Preis nicht mithalten konnten. Senatorin und Staatsrat streuen den Bürgern also Sand in die Augen.

Die Buwog nur noch Briefkastenfirma

Der tatsächliche Höchstbieter ist Vonovia, Deutschlands mächtigste Immobilien-Heuschrecke mit insgesamt 400 000 Wohnungen, davon 12 000 in Hamburg. Aber das sind Zahlen von gestern. Zwei Monate vor dem Stellingen-Deal hatte Vonovia bereits öffentlich gemacht, dass man auch die 48 000 Wohnungen der Buwog übernehmen wolle. Das, so die Stadt, habe man nicht gewußt. Davon habe man erst drei Wochen nach der Vergabe „Kenntnis erlangt“. Das klingt wie eine Entschuldigung und lässt ahnen, dass man dort weiß, was zukünftigen Mietern blühen könnte.

Größter Mieterschreck

In Fällen, in denen die Miete nicht mehr erhöht werden kann, behilft Vonovia sich z. B. gern mit einer Modernisierung. Dann steigen Mieten schon mal um 40 Prozent. Danach bestimmt man -ganz für sich - die „ortsübliche Vergleichsmiete“ neu und erhöht die Miete abermals. Gerne auch lässt das Unternehmen seine Mieter jahrelang um Betriebskosten prozessieren. Der Hintergrund: Vonovia lässt Umbauten, Reparaturen, Fernsehen, Heizkostenablesung, - die ge-

samte Betriebskostenermittlung von eigenen Tochterunternehmen durchführen und in Rechnung stellen. Ein wahres Mieterschröpfsystem.

„Die Erlöse aus der Immobilienbewirtschaftung bringen dem Konzern laut eigener Gewinn- und Verlustrechnung inzwischen mehr als die Vermietung“, so Spiegel-online. Wen wundert's, dass im Hintergrund US-Heuschrecken wie „Blackrock“ die Musik bestimmen.

Der Mühlenkoppel- Schachzug

Der Vertrag „Wohnen in Hamburg“ aus dem Jahre 2011, abgeschlossen zwischen Senat und Immobilienverbänden, legt für jedes Bauprojekt mit mehr als 30 Wohnungen den „Drittmix“ fest. Der bestimmt den Anteil an Sozialwohnungen und ist verbindlich für die Baugenehmigung durch die Bezirksamter. Auf der benachbarten Mühlenkoppel aber baut der Quantum-Konzern 120 Wohnungen ohne eine einzige Sozialwohnung. Die vertragliche Verpflichtung wurde mit Kunstgriffen und unter aktiver Mithilfe der Stadt umgangen. Das erlaubt dem Immobilien-Hai Quantum nun, statt der vorgeschriebenen 36 Sozialwohnungen 36 zusätzliche Luxus-Immobilien bauen zu lassen. Macht „Pi mal Auge“ mindestens 20 Millionen Euro extra, die dank „großzügiger Vertragsinterpretation“ der Stadt in die Quantumkassen fließen. Vorbei an Hamburgs Bürgern, die vergeblich auf bezahlbaren Wohnraum und Sozialwohnungen warten. Das ist fatal, dass Rot-Grün Soziales verspricht und immer wieder Millionären das Bett bereitet. - Pardon: Milliarden.

Zitiert / Venezuela

Europa sollte sich zu schade sein...

„Die Parteinahme für Guaido (...) mag den Europäern ein paar Schleimer-Punkte bei Donald Trump einbringen. Die Möglichkeit aber, als ehrlicher Makler mehr Einfluss zu nehmen, als den Europäern sonst in Lateinamerika möglich ist, wurde weggeworfen. Europa sollte sich zu schade sein, als Büchsenspanner zur Durchsetzung der Monroe-Doktrin beizutragen, mit der die USA alleinige Ordnungsmacht in ihrem Hinterhof bleiben wollen.“

Landeszeitung (Lüneburg)

Osterstrassen – Jubiläum 10 Jahre Standortsuche...10 Jahre Wildpinkeln

Organisches Leben beruht auf Zellteilung und Stoffwechsel. Davon macht auch die Krone der Schöpfung, der gemeine Eimsbüttler, keine Ausnahme. Im Unterschied zu früheren Stadtplanern und Lokalpolitikern ignorieren aber die heutigen, mangels Pinkel-App auf ihren Smartphones, daraus zwingend folgende Bedürfnisse. Oder verweisen auf den Marktwirtschaftler Karstadt mit - allerdings gebührenpflichtigen – Kundentoiletten.



Geplant: Häßlich und gebührenpflichtig

Die Posse begann bereits 2010. Die angeblich baufällige Toilette im Unna-Park wird abgerissen, weil „die Sanierung zu teuer ist“. An der Ecke, wo das Häuschen stand, wird nun aber für knapp 100 000 Euro eine Betonrampe gebaut, damit auch Gehbehinderte den nun toilettenfreien Park von der Osterstrasse erreichen können. Die Folge: Die Grünfläche wird zur öffentlichen Bedürfnisanstalt und stinkt in der warmen Jahreszeit gewaltig vor sich hin. Vom Anblick verzweifelter Steh- und Sitzpinkler gar nicht zu reden.

Angeblich wird seit 9 Jahren an einer Lösung gearbeitet. Nur der Standort sei noch nicht gefunden. **Die Bezirksversammlung Eimsbüttel verwies das Thema erneut in den Stadteilausschuss, der aber in Reichweite einer selbstverständlich gebührenfreien Toilette tagt und somit die Dringlichkeit des Problems nicht spürt.**

Humor ist, wenn man trotzdem lacht, meint Ralf Peters und schickte uns folgenden Lokalbericht:

Ruin durch Urin?!

Der Mensch kann vieles wohl entbehren,
doch muss er trinken und verzehren,
sodass der Hunger und der Durst
führ'n zu 'nem Strahl und zu 'ner Wurst.
Auch die Person, die kriegt Hartz vier
und deren Mahl oft kaum Pläsier,
auch diese muss so manches mal
auf das WC und Urinal,
wo Wasser spült – so das Gebot -
auf Knopfdruck weg auch ihren Kot.
Dann ist im allgemeinen
der Mensch mit sich im Reinen.
Dies dünkt der menschlichen Natur
ein Grundbedürfnis der Kultur.
Doch nun und dies ist ungeheuer,
kommt dies Bedürfnis doch sehr teuer.
Denn nur wer 60 Cent berappt,
erhält die Klotür aufgeklappt.
Es wird bei Hartz für Trank und Essen
circa 4 Euro zugemessen,
sodass wer auswärts uriniert,
sich damit letztlich ruiniert.
Als Ausweg bleibt für sie und ihn,
in die Botank rein und pien...
Wer sich solch Preise ausgedacht,
dies sei hier einmal klar gesagt,
gehört zur Sorte wohl gewisser -
sie hören's nicht gerne: reicher Pisser!

Die Farce der Bürgerbeteiligung in Hamburg!

Die Bezirksversammlung ist kein Parlament, wie sie sich gerne nennen lässt, sondern ein Verwaltungsausschuss, der den Weisungen des Senats und jeder einzelnen Fachbehörde unterworfen ist. Die Wahl dieses Ausschusses durch den Bürger täuscht ihm vor, er wähle ein eigenständiges Parlament mit allen Rechten nach GG Art.28.

Selbständig entscheiden darf eine Bezirksversammlung fast nichts oder nur das, was der Senat abgenickt hat! Ihre Abgeordneten sind im engeren Sinne seine Büttel!

Das muss dringend geändert werden! Unser Vorschlag: Entscheidungsfähige Bezirke mit Haushaltsrecht und verbindlichen Bürgerentscheiden, wie es z.B. „Mehr Demokratie e.V.“ seit langem vorschlägt.



Sanierungsfall des Tages

SPD

Als der Bundestagsabgeordnete Marco Bülow im November seinen Austritt aus der SPD bekanntgab, nannte er als Begründung die „Entsozialdemokratisierung“ der zu einem Karriereverein verkommenen Partei. Mit ihm trat auch Susanne Neumann aus der SPD aus. Susanne war 2016 nach einem Talkshow-Auftritt in die SPD eingetreten und danach als „schlagfertige Putzfrau“ und proletarisches Gesicht der SPD herumgereicht worden. Dass die Schlipsträger „wie die Geier über Bülow hergefallen sind, der sich 16 Jahre für die SPD und Dortmund den Arsch aufgerissen hat“, zeige, dass diese Partei auf dem falschen Wege sei.

Das sehen immer mehr Menschen in der Bundesrepublik genauso. Auf 15% Wählerzustimmung kommt die Partei gegenwärtig im „Deutschlandtrend“ der ARD. In das Jahr 18 gestartet war sie mit 21 Prozent – und schon damals herrschte Endzeitstimmung. Im Bundesdurchschnitt sind inzwischen die Grünen deutlich vorbeigezogen, die AfD liegt gleichauf – hier geht offenbar nach Jahren des Siechtums etwas zu Ende.

Der Eimsbüttler „Schlippsträger“ Nils Annen, früher mal Juso-Chef und jetzt Staatsminister im Auswärtigen Amt, sieht das aber nicht dramatisch. *„Uns wird weder ein Parteitag noch ein anderer Erneuerungsprozess aus der Krise bringen, sondern*

nur diese Form von konkreter Politik mit Zuversicht für die Zukunft.“ Man müsse, heißt das, also einfach weiter in der Regierung mitmachen, aber dabei bitte *„nicht zu sehr mit heruntergezogenen Mundwinkeln durch die Gegend“* laufen, befand er gegenüber *dpa*. Zuletzt hätten leider *„bei der SPD Leute die Debatte dominiert, die schon damals gegen die GroKo waren.“* Dass die Gründe haben könnten, kommt Annen, der – nichts anderes sagt er hier – die Partei gegen die Wand fahren lassen würde, wenn ihm das nur ein halbes Jahr länger den Regierungsposten sichert, nicht eine Sekunde lang in den Sinn. Der monatelange Krampf, mit dem Annen & Co erst eine Mitgliedermehrheit, dann eine Parteitagmehrheit für die „GroKo“ und dann für die Parteivorsitzende Andrea Nahles organisiert hatten, muß sich doch irgendwann für den Eimsbüttler Minister im Wartestand auszahlen!

Senat verscherbelt HSH-Nordbank an Waffenhändler

Wir berichteten: Die staatliche HSH-Nordbank hat durch Spekulationsgeschäfte Milliarden Euro in den Sand gesetzt hat. Steuergeld, für das Hamburgs und Schleswig-Holsteins Bürger gerade stehen müssen. Nun haben mehrere Finanzinvestoren – sprich Heuschrecken – zugeschlagen und den Laden für ein Handgeld übernommen. Die größte Heuschrecke mit 40,33 Prozent-Anteil ist „Cerberus“ (Der Höllenhund).

Cerberus - Gründer Stephen Feinberg ist bei Geldanlagen nicht zimperlich. Unter anderem gehören ihm der Waffenhersteller Remington Outdoor und die Firma DynCorp, die „militärische Dienstleistungen“ verkauft. Ein anderer Begriff für verdeckte Interventionen des Pentagon und des CIA, also für völkerrechtswidrige Übergriffe, um Bürgerkriege anzufachen und sogenannte „Regime-Changes“ vorzubereiten. Die Heuschrecke Cerberus betreibt u.a. in den USA eine Trainingsanlage namens „Tier 1“. Dort werden verdeckte Militäreinsätze mit Söldnern geübt – etwa in einem „Afghan Village“, wie die Zeitschrift „The New Yorker“ berichtete.

P. S.: Auf der Gehaltsliste von Cerberus standen u. a. auch die ehemaligen Verteidigungsminister Scharping (SPD) und Rühle (CDU).

Dümmer kann Politik nicht sein.

Wenn wir das berühmte Geschichtsbewusstsein hätten, wenn unsere publizistischen und politischen Vertreter ein bisschen Ahnung von der nicht weit zurückliegenden Katastrophe hätten, dann dürften sie – und damit wir alle – nicht so blauäugig in eine Konfrontation nach der anderen stolpern. Denn die deutsche Seite ist in den letzten 25 Jahren eher durch Konfrontation als durch Verständigung und Versöhnung hervorgetreten.

Bezeichnend die Beteiligung am Kosovokrieg 1990, unter Ausnutzung der Schwäche der kollabierenden Sowjetunion. Man musste wissen, dass dies von russischer Seite als unfreundlicher Akt gewertet werden würde. Bereits zuvor begann mit deutscher Zustimmung die vertragsbrüchige Ausdehnung der NATO bis an die Grenze Russlands.

Der Westen, die Bundesrepublik Deutschland und die führenden Parteien haben auch in der Folgezeit auf die ausgestreckte Hand der Verantwortlichen in Russland hinhaltend bis ablehnend reagiert. Ein nicht verborgen gebliebener Misstrauensakt war die Reaktion auf die Rede des russischen Präsidenten im Deutschen Bundestag am 25. September 2001. Putin hatte gerade vorgeschlagen, die Potenziale Russlands mit denen der anderen Teile Europas zu vereinigen. Diese Botschaft löste damals mehr entsetzte als nachdenkliche Gesichter auf der Regierungsbank aus. Der grüne Weltpolitiker Josef Fischer demonstrierte Langeweile.

Die verschiedenen Misstrauensbekundungen zwischen 1990 und 2007 führten dann dazu, dass der russische Präsident auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 eine eher abweisende Rede hielt. Das war die Rede eines enttäuschten Liebhabers, der seine Konsequenzen aus der Zurückweisung zieht. Spätestens hier hätte die deutsche Seite aufmerken müssen, wenn sie die Interessen Deutschlands wahrnehmen würde, statt den Vorgaben aus den USA hinterherzulaufen.

Dann kam es laufend zu weiteren Provokationen:

Der deutsche Außenminister Steinmeier akzeptierte im Februar 2014 gegenüber dem gewählten Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, daß für die Ukraine die Zusammenarbeit mit Russland im Vordergrund



stehen würde statt mit der EU. Jeder aufmerksame Beobachter konnte sich kurz darauf aber überzeugen, dass der deutsche Außenminister mit der Gegenseite unter einer Decke steckte und den Putsch gegen den Präsidenten unterstützte.

Eine Strategie, die zum tödlichen Wandel führen kann

Deutschland hat es zugelassen, dass auf seinem Territorium Truppenverschiebungen größeren Ausmaßes an die russischen Grenzen vorgenommen werden und die Bundeswehr sich daran beteiligt. Die Deutschen, an vorderster Front Verteidigungsministerin von der Leyen, haben der US-Forderung nach Erhöhung der Rüstungsausgaben zugestimmt. Verabredet war Abrüstung, jetzt wird aufgerüstet, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dahinter wieder die Strategie steckt, die Russen totzurüsten. So wird es jedenfalls auf russischer Seite empfunden werden.

Die deutsche Regierung hat die von den USA auferlegten Sanktionen mitgemacht. Ohne

Rücksicht auf frühere Abreden, den Handel und gegenseitige Investitionen auszubauen, sogar ohne Rücksicht auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen.

Auch beim verabredeten Bau des »Nord Stream 2«-Projektes wackelt die deutsche Seite bedrohlich.

Die Auflösung des **INF-Vertrags**, der 1987 das Ende des Kalten Krieges einläutete, wäre eine Zäsur – mit dramatischen Folgen für Europa. Werden sich die Deutschen und die Europäer wieder von der USA am Nasenring herumführen lassen, nachdem sie den USA erlaubt haben, in Polen und Rumänien Raketen „gegen den Iran“ zu stationieren?

Die Gefahr ist akut, dass die Öffentlichkeit hinters Licht geführt wird. U. a. weil russische Journalisten und russische Medien in Deutschland stiefmütterlich bis feindselig behandelt werden. Niemand wäre vor Jahren auf die Idee gekommen, einem russischen Sender ein Studio zu verweigern, wie das jetzt mit RT-Deutsch praktiziert wurde. Unter deutschen Medienschaffenden gibt es einen

Russenhass, der einen am Charakter der betreffenden Journalisten zweifeln lässt. Feindbildaufbau und Konfrontation statt Annäherung scheint heute das Gebot der Stunde zu sein.

Anzunehmen, dass diese ständigen Misstrauensbekundungen, Unterstellungen und Feindseligkeiten ohne Reaktion bleiben, ist naiv. Wenn die Feindseligkeiten weitergehen, dann wird ein Wandel zum Schlechteren stattfinden: Weniger Gastfreundschaft, weniger freundliche und freundschaftliche Gefühle gegenüber den Deutschen, stattdessen Offenheit für nationalistische und militaristische Stimmen. Es ist der helle Wahnsinn. Das ist das Gegenteil einer produktiven schöpferischen Strategie, es ist eine Strategie, die zum tödlichen Wandel führen kann.

Dümmer kann Politik eigentlich nicht sein!

„Wer als Deutscher über Russland und seine Menschen redet, auch über seine Politiker, seinen Präsidenten, muss im Gedächtnis haben, was heute vor 75 Jahren begann. Dann wird jede verletzende Arroganz verfliegen und sich das Bedürfnis regen, wenigstens einen Bruchteil des Horrors wiedergutzumachen.“ Erhard Eppler am 22.6.2016

WENN DIE MIETE UNBEZAHLBAR IST

Eine arbeitslose Frau suchte, um nach der Trennung von ihrem Partner aus der gemeinsamen Wohnung ausziehen zu können, acht Monate nach einer Wohnung, bei der sie 156 Besichtigungen machte:

Der ganze Stress und die Angst vor der Zukunft machten mich krank. Ich konnte kaum essen, nahm 14 Kilo ab und litt an Unruhe und Schlaflosigkeit. Mein Arzt schrieb mich krank.

Schließlich erhielt sie von einer Genossenschaft ein Angebot.

Ich nahm meinen Sohn mit und bettelte regelrecht.

Doch die Sachbearbeiterin lehnte ab, da die Wohnung 0,64 Quadratmeter größer sei als erlaubt. Die Frau ging verzweifelt zum Abteilungsleiter.

Ich ließ regelrecht die Hosen runter. Ich habe mein Privatleben offenbart, hab von meiner gescheiterten Beziehung erzählt, vom Jobverlust und meinem Seelenleben. Ich habe mein Gesicht verloren, aber er gab mir die Wohnung. Ich brach in Tränen aus.⁵



Arbeiterfreundliche Chinesen

Investoren aus der Volksrepublik achten
Mitbestimmung und Tarifbindung

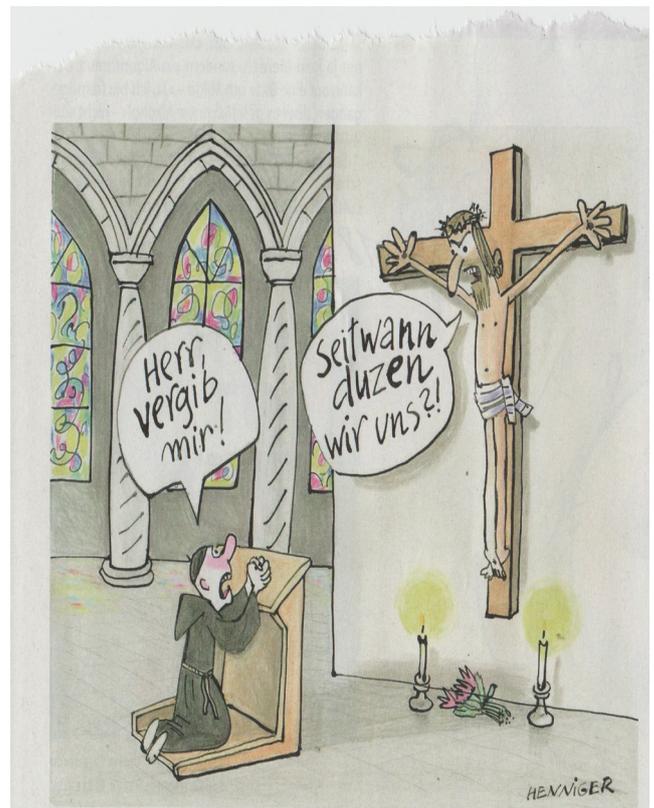
Seit Jahren nehmen die chinesischen Direktinvestitionen in der BRD zu. Seit 2015 ist die Volksrepublik nach den USA der zweitgrößte Direktinvestor mit 13 Milliarden Euro hierzulande. (Noch weit größer sind allerdings Investitionen aus der BRD in China) Was passiert nun, wenn chinesische Investoren bei deutschen Unternehmen einsteigen oder sie ganz übernehmen?

Dazu die gewerkschaftliche Hans Böckler-Stiftung (HBS): „Betriebs- und Aufsichtsräte haben oft mehr Stress mit verbliebenen deutschen Managern als mit Vertretern der chinesischen Investoren“, so die Stiftung. Grundsätzlich gelte, dass sich der Einstieg chinesischer Investoren aus Sicht der Lohnabhängigen zumeist als vorteilhaft erwiesen habe....Anders als es Beschäftigte erleben mußten, deren Firmen von westlichen Investoren übernommen wurden, gingen Chinesen bisher meist behutsam vor und setzten auf eine nachhaltige Entwicklung“, so die HBS. Die bisherigen Manager blieben im Amt und niemand habe Massenentlassungen befürchten müssen. In der Regel habe sich die Zahl der Mitarbeiter bei den betroffenen Betrieben sogar positiv entwickelt. Sofern es sich um chinesische Staatskonzerne handle, erkläre sich das schon durch die Direktiven der Regierung, nicht gegen die örtlichen Regelungen zu verstoßen und schlechte Berichterstattung zu vermeiden.

Ob der Mensch vom Affen abstammt...

oder eine Kreation des Himmels ist, ist nach wie vor nicht entschieden. Mindestens jeder zweite US-Amerikaner ist davon überzeugt, dass die Erde so erschaffen wurde, wie es in der Bibel steht: in sechs Tagen vor etwa 6000 bis 10 000 Jahren.

In Deutschland, dem „Land der Dichter und Denker“, geht ein Streit darum, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht. Und der Eifer in Politik und Medien, die DDR in Mißkredit zu bringen, läßt bis heute kaum nach.



Ein beliebtes Dauerthema war „Kindesentzug aus politischen Gründen“ in der DDR. Dass nach offiziellen Untersuchungen davon gerade eine Handvoll Fälle übrig geblieben war, wo ein politischer Hintergrund „nicht ausgeschlossen werden kann“ (Haft, Flucht von Eltern unter Zurücklassung von Kindern), war der kapitalistischen Presse bisher keine Meldung wert. Der Grund liegt auf der Hand: Der tausendfache abscheuliche Mißbrauch Minderjähriger in „Erziehungseinrichtungen“ vor allem der katholischen Kirche als bittere westdeutsche Realität!



100 Jahre deutsche Novemberrevolution
**„Die größte Dummheit der
 Revolutionäre war es, dass sie
 uns alle am Leben ließen.“**

„...Komme ich mal wieder zur Macht, dann gibt's kein Pardon“, schrieb Erich Ludendorff, Generalquartiermeister Wilhelms II, an seine Frau. „Mit ruhigem Gewissen würde ich Ebert, Scheidemann und Genossen aufknüpfen!“

Tatsächlich begann die Novemberrevolution vor 100 Jahren fast gewaltfrei. Die kriegsmüden Soldaten meinten, dass Befehlsverweigerung und das Abreißen von Rangabzeichen, wobei manche Offiziere freilich verprügelt werden mußten, genüge. Der Kaiser war gestürzt, die Sozialdemokraten regierten, doch lag in großen und vielen kleinen Städten die Macht bei Arbeiter- und Soldatenräten. Verhaftet wurde kein Beamter, kurz nach dem 9. November 1918 waren alle wieder an ihrem Platz. Die Räte kamen allenfalls vorbei, um etwas zu kontrollieren. Da sie die ausgehungerte Mehrheit in den Städten hinter sich wußten, glaubten sie sich unbesiegt.

Das schien der 24. Dezember 1918 zu bestätigen, als die im Berliner Schloss und Marstall residierende Volksmarinedivision – angefeuert von Zigtausenden aus den Arbeitervierteln zuströmenden Zivilisten – einen ersten schweren Angriff abschmettete. Es gab 300 Tote.

**Ebert und Scheidemann mußten gar nicht
 aufgeküpfelt werden.**

Zu viele der Revolutionäre ahnten nicht, dass sie mit der obersten Heeresleitung kollaborierten. Zunächst gelang es ihm und dem Reichswehrchef Groener nicht, die Reste des kaiserlichen Heeres

gegen die Revolution in Stellung zu bringen, da zu viele der Frontsoldaten befehlswidrig zu ihren Familien zurückkehrten. An Sammelpunkten vor Berlin warb man daher Freiwillige und mobilisierte reguläre Truppen, während Ebert in Scheinverhandlungen mit den revolutionären Organen Zeit gewann. Unter seinem Befehl wurden in Berlin bis zum 12. Januar 1919 von den Räten besetzte Gebäude zurückerobert und Arbeiterviertel durchkämmt, wobei Hunderte erschossen, teilweise gelyncht wurden. Im Unterschied zu den Bolschewiki besaßen die deutschen Revolutionäre keine durch illegalen Kampf gestählte zentrale Koordination. Entgegen späteren Legenden führten weder die KPD noch Karl Liebknecht noch Rosa Luxemburg den Januaraufstand 1919. Die beiden wurden am 15. Januar ermordet. In Artikeln in der *Roten Fahne* hatten sie den Verrat der Regierung Ebert und die heranrückende Gegenrevolution klar dargestellt.

Nun war der Weg für die Freikorps frei, um systematisch, Stadt für Stadt, die Räte zu zermalmen. Obwohl Massaker am eigenen Volk zu den abscheulichsten Verbrechen gezählt werden, hat der Blutausch der deutschen Gegenrevolution kaum Spuren im kollektiven Gedächtnis und in Geschichtsbüchern hinterlassen. Sebastian Haffner hatte eine Erklärung: Alle Beteiligten hätten sich der Rolle, die sie spielten, geschämt.

„Die Revolutionäre schämten sich ihres unkoordinierten Vorgehens, dem (...) tausendfaches anonymes Leiden und Sterben“ folgte. Deren Gegner hätten sich geschämt, weil sie ihren Sieg in der „seltsamen Koalition“ von Sozialdemokraten und frühen Nazis errangen. Ebert und Co hätten nicht zugeben wollen, dass sie „die Vorbilder der späteren SA und SS rekrutierten und...auf ihre eigenen Leute losließen“. Und die späteren Nazis wollten nicht zugeben, dass sie „unter sozialdemokratischem Patronat Blut lecken lernten. Wessen alle Beteiligten sich schämen, das wird von der Geschichte gern totgeschwiegen.“

Aus „Der Verrat“ / Sebastian Haffner

Zum Bild: 8. März 1919, Alexanderplatz. Ein Gefangener der Regierungstruppen wird abgeführt. Der Photograph Willi Römer erzählt später, der Mann sei um die Häusercke geführt und dort sofort erschossen worden. Er selbst habe den Impuls gehabt, hinterher zu gehen und den Toten zu photographieren, habe das dann aber unterlassen – aus Angst, ebenfalls erschossen zu werden.

